
FDP im Römer

UNTERSTÜTZUNG FÜR KLEINE UND MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN SOWIE FREIBERUFLER UND SOLO-SELBSTSTÄNDIGE

25.03.2020

Kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler und Solo-Selbstständige bekommen die Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise besonders hart zu spüren. Die Bundes- sowie Landesregierung und auch die Stadt Frankfurt haben bereits Hilfe und Unterstützung angekündigt und veranlasst. Darüber hinaus muss die Stadt Frankfurt für die lokale Wirtschaft eine verlässliche Anlaufstelle sein und diese unterstützen. „Es bedarf an dieser Stelle eines klaren Informationsflusses, der die Wirtschaft vor Ort über die Möglichkeiten der Förderinstrumente des Bundes und Landes informiert und einen schnellen und einfachen Zugang verschafft.

Kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler und Solo-Selbstständige bekommen die Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise besonders hart zu spüren. Die Bundes- sowie Landesregierung und auch die Stadt Frankfurt haben bereits Hilfe und Unterstützung angekündigt und veranlasst. Darüber hinaus muss die Stadt Frankfurt für die lokale Wirtschaft eine verlässliche Anlaufstelle sein und diese unterstützen. „Es bedarf an dieser Stelle eines klaren Informationsflusses, der die Wirtschaft vor Ort über die Möglichkeiten der Förderinstrumente des Bundes und Landes informiert und einen schnellen und einfachen Zugang verschafft. Aus diesem Grund fordern wir in unserem Antrag, dass alle Informationen gebündelt werden und auf den Webseiten der Stadt Frankfurt und/oder der städtischen Wirtschaftsförderung gut sichtbar präsentiert und den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden“, erklärt [Stephanie Wüst](#), wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Römerfraktion.

Aus Sicht der Freien Demokraten im Römer sei bei der Bündelung der Informationen wichtig, dass spezielle an Freiberufler und Solo-Selbstständige adressierte Informationen

und Förderinstrumente separat aufgeführt werden. „Zusätzlich fordern wir die Einrichtung einer Hotline sowie einer Online-Plattform, um schnellstmöglich Rückfragen zu beantworten und Hilfestellungen zu geben. Hierzu soll die Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt miteinbezogen und geprüft werden, inwieweit bereits vorhandene Angebote erweitert werden können“, so Wüst und erklärt weiter: „Notwendige Formulare sollen vom Nutzer online zu bearbeiten sein und wenn nötig auch direkt zum Download zur Verfügung gestellt werden. Außerdem müssen sämtliche Informationen auch auf Englisch verfügbar sein. Weiter wird der Magistrat beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen die Stadt Frankfurt konkret treffen kann, um die lokale Wirtschaft während und nach der Corona-Krise zu unterstützen.“ Hierbei soll der Magistrat vor allem prüfen, inwieweit Gewerbesteuvorauszahlungen gestundet werden können und welche Gebühren im Einzelnen temporär gesenkt oder ausgesetzt werden können. Auch fordern die Freien Demokraten, dass geprüft werde, ob gegebenenfalls Vollstreckungen in den kommenden Wochen ausgesetzt werden können und inwieweit gewerblichen Mietern städtischer (einschl. ABG und anderer Beteiligungsgesellschaften) Immobilien, Gewerberäumen etc. im Bedarfsfall die Möglichkeit der Stundung der Miete eingeräumt werden könne. Auch soll geprüft werden, ob Gewerbevereine in den Stadtteilen höhere finanzielle Zuschüsse als ggf. bisher vorgesehen erhalten können, um Aktionen und Initiativen des lokalen Einzelhandels, Kleingewerbes oder der Gastronomie vermarkten und unterstützen zu können. Hier soll nach Möglichkeit das Stadtmarketing (City- und Stadtteilmarketing) Hilfestellung geben. „Um die Gastronomie und den Einzelhandel vor Ort gerade in dieser Zeit zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger über Öffnungszeiten und vor allem die zahlreichen Einzelhandelsinitiativen in ihren Stadtteilen zu informieren, wäre ein zentraler virtueller Marktplatz von Vorteil. Dieser könnte auf der Webseite der Stadt Frankfurt eingerichtet werden und sollte auch über die FFM.APP abrufbar sein, damit alle Frankfurterinnen und Frankfurter eine Übersicht erhalten und wissen, welche Angebote in ihrem Stadtteil trotz der Corona-Krise existieren.“